

BONN
SPD

SOLIDARITÄT

IST DIE

ANTWORT.

Programm
zur Kommunalwahl 2020
der Bonner SPD

WWW.SOLIDARITÄTISTDIEANTWORT.DE

Vorwort

Liebe Bonnerinnen und Bonner,

am 13. September haben Sie die Wahl: Wollen Sie in den nächsten Jahren ein „Weiter so“ oder möchten Sie, dass Bonn seine Potenziale in Zukunft ausschöpft? Unsere Antwort ist eindeutig. Nach Jahren des Stillstands müssen wir wieder Bewegung in die Stadt bringen und längst überfällige Projekte anpacken. Immer mehr Menschen können sich das Leben in Bonn nicht mehr leisten, Infrastruktur verfällt und der Verkehr steht eher still als dass er fließt. Unsere Stadt steht ohne Führung da. Aber das muss nicht so sein.

Wir wollen den Wechsel! Und deshalb treten wir mit vielen großen und kleinen Ideen sowie einem Team aus motivierten und engagierten Kandidatinnen und Kandidaten an: Männer und Frauen, Erfahrene und Junge. Viele davon sind in ihren Wahlkreisen bereits in Vereinen oder Initiativen aktiv oder bringen sich seit Jahren im Rat, in den Bezirksvertretungen oder im Integrationsrat in die politische Arbeit ein. Eines aber haben sie alle gemeinsam: Sie wollen sich für ihre Stadt und die Interessen und Bedürfnisse der Menschen vor Ort einsetzen.

Machen Sie sich selbst ein Bild. Sprechen Sie uns an – auf der Straße oder im Internet. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung und Ihre Stimme am 13. September!

Ihre

Jessica Rosenthal & Enrico Liedtke
Vorsitzende der Bonner SPD

Angelika Esch
Fraktionsvorsitzende

Lissi von Bülow
Oberbürgermeisterkandidatin

Inhalt

| | |
|--|----|
| Präambel..... | 2 |
| 1) Lebensqualität entsteht vor Ort in unseren Vierteln | 4 |
| 2) Eine aktive Politik für bezahlbares Wohnen | 6 |
| 3) Sport und Kultur: Seit an Seit für mehr Teilhabe | 7 |
| 4) Bildungschancen für alle – von der Kita bis zur Hochschule oder zum Meister! | 10 |
| 5) Wirtschaft, Arbeit und Wissenschaft: Das Rückgrat unserer Stadt | 12 |
| 6) Bonn geht als Klimastadt voran – mit konsequenten Maßnahmen hin zur Klimaneutralität und einer bezahlbaren Verkehrswende!..... | 15 |
| 7) Internationale Stadt mit Haltung | 18 |
| 8) Bonn geht nur gemeinsam | 20 |
| Unsere Kandidierenden | 23 |

Präambel

Die Corona-Pandemie hat unser Leben auf den Kopf gestellt und tut es noch. Der tiefe Einschnitt, den das Virus plötzlich für uns alle bedeutet, stellt uns als Gemeinschaft, als Stadtgesellschaft auf die Probe. Existenzängste, Lagerkoller, Sorge vor Ansteckung, Bangen um die Zukunft – all das treibt uns um. Dabei hat Bonn in den letzten Wochen bewiesen, dass wir zusammenhalten: Fast alle hielten sich an die Hygieneregeln und so schützen wir uns gegenseitig. Viele Menschen unterstützen ihre Lieblingslokale mit Gutscheinen oder Lieferbestellungen so gut es geht und überall werden Einkaufshilfen ehrenamtlich angeboten.

Das macht Bonn aus. Hier gibt es viele, die sich für die Stadt engagieren: In der Politik, in der Verwaltung aber auch in Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen, Initiativen. Wir müssen auch unabhängig von der Krise einen Weg finden, das große Engagement, die guten Ideen, das Bönnsche Jefeühl wieder fest zusammenzuschmieden. Gemeinsam packen wir die Zukunft Bonns an und werden die vielen Herausforderungen zusammen meistern. Denn wir wollen das bewahren und für die Zukunft nachhaltig weiterentwickeln, was wir an Bonn so lieben: Die gute Mischung, die Bodenständigkeit und Weltoffenheit, die hohe Lebensqualität mit der Nähe von Wohn- und Arbeitsplatz, Infrastruktur und Natur. Es ist unser Ansporn, für eine große Bandbreite an Menschen attraktiv zu bleiben und die enormen Potenziale als Wissenschaftsstandort, für den öffentlichen Arbeitsmarkt als auch für private Wirtschaftsunternehmen zu nutzen. Eine Heimat für Bonnerinnen und Bonner aller Generationen, unterschiedlichster Herkunft, Lebenserfahrung, Potenziale und Hintergründe.

Solidarität ist nicht nur in der Krise eine Antwort, sondern Fundament einer mutigen Stadtgemeinschaft, die Bonn zur echten Stadt der Nachhaltigkeit, zur internationalen Stadt mit Haltung, zur Stadt aller Bonnerinnen und Bonner macht. Aber viele Leistungsträgerinnen und Leistungsträger, die zu Recht unser aller Dank und Anerkennung erhalten, können sich ein Leben in Bonn zunehmend gar nicht mehr leisten. Die Mieten und der Öffentliche Nahverkehr sind zu teuer, Kita- und OGS-Plätze fehlen. Auch Armut – insbesondere unter Kindern und Jugendlichen, aber auch bei zahlreichen Menschen ohne Obdach – bleibt ein unterschätztes Problem dieser Stadt. Dabei hat Bonn alle Möglichkeiten, diese Herausforderungen zu meistern. Wir wollen, dass man sich das Leben hier leisten kann. Deshalb wollen wir, dass Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren kostenfrei Busse und Bahnen im Stadtgebiet nutzen können, die Ticketpreise nicht teurer, sondern günstiger und langfristig kostenlos werden. Wir bauen die Kita- und Tagespflegeplätze so aus, dass jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr einen Platz bekommt und wollen eine 100-prozentige OGS-Versorgung. Bildung ist für uns ein Grundrecht und muss daher für alle kostenfrei zugänglich sein. Die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben werden wir für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Mit uns wird der Anteil geförderten Wohnungsbaus deutlich ansteigen und städtische Fläche gemeinwohlorientiert genutzt. Solidarität bedeutet, dass man sich aufeinander verlassen kann – das gilt in Krisenzeiten, aber auch darüber hinaus. Die Gemeinschaft, die dafür wichtig ist, ist in unseren Vierteln zu Hause. Hier begegnet man sich, hier entsteht Nachbarschaft. Jeder Ortsteil, jedes Viertel bringt dabei seine ganz eigene Identität in das Stadtleben ein. Es sind diese dezentralen Strukturen, die unsere Stadt ausmachen und die wir stärken wollen. Auch deshalb sollen die Beratungs- und Bürgerdienste wieder dezentral in den Stadtteilen angeboten werden und jeder Stadtbezirk ein Hallen- und ein Freibad haben. Die

Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sind ein wichtiger Baustein einer lebenswerten Stadt und sollten flächendeckend verfügbar sein.

Als solidarische und internationale Stadt übernimmt Bonn Verantwortung. Daher war es auch für viele Bonnerinnen und Bonner eine Frage der Gerechtigkeit, dass sich Bonn als UN-Stadt dem Bündnis „Sicherer Hafen“ anschließt und diejenigen aufnimmt, die vor Krieg fliehen mussten. Bonn ist als Standort der Vereinten Nationen sowie zahlreicher internationaler Wissenschaftsorganisationen und Unternehmen eine vielfältige und offene Stadt. Wir fordern, dass es in Bonn keinen Platz für Hass und Hetze gibt. Eine besondere Verantwortung trägt Bonn als UN-Klimastadt und Stadt der Nachhaltigkeit. Die Ausrufung des Klimanotstandes und das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 verpflichtet uns zum Umsteuern in allen Bereichen. Ziel muss die Senkung des gesamtstädtischen CO₂-Ausstoßes sein. Ein Baustein auf diesem Weg ist die Verkehrswende. Wir wollen, dass unsere Stadt vorangeht und auf die Schiene und das Rad setzt. Wir wollen mehr S-Bahnen, Straßenbahnen und Buslinien, um von A nach B zu kommen. Mit einer guten Taktung und kluger Linienführung schaffen wir ein attraktives Angebot, um auf den ÖPNV zu setzen. Wir unterstützen die Forderungen des Radentscheids und streiten für den Ausbau von Radschnellwegen und eine neue Radbrücke über den Rhein. Wir wollen auch neue Wege im Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs gehen und die Seilbahn von der rechten Rheinseite auf den Venusberg unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger realisieren.

Bonn ist starke Bundesstadt, Sitz von Ministerien und nachgeordneten Bundesbehörden, Sitz internationaler Institutionen, insbesondere der UN, Zentrale zweier DAX-Unternehmen, Standort exzellenter Lehre und Forschung. Bonn bietet Arbeit und ein tolles Freizeitangebot in Sport und Kultur, lebt ein unverwechselbares rheinisch-internationales Flair und ist daher nicht nur bei alteingesessenen Bonnerinnen und Bonnern beliebt, sondern auch bei einer großen Zahl Zugezogener sowie Touristinnen und Touristen. Trotzdem scheitern viele Großbauprojekte wie beispielsweise die Beethovenhalle. Bonn ist Stauhauptstadt Nummer eins in NRW und bei den zentralen Bürgerdiensten muss man mit Wartezeiten von zwei Monaten rechnen. Wir sind sicher: Bonn kann funktionieren und bleibt hinter seinem Potential zurück. Mit unserer Oberbürgermeisterkandidatin Lissi von Bülow wollen wir wieder dafür sorgen, dass gemeinsam angepackt wird, die vielen Menschen, die sich für unsere Stadt einsetzen wollen, bestärkt werden und Schuld nicht von einem Schreibtisch auf den nächsten geschoben wird. Mit engagierten Ratskandidatinnen und -kandidaten aller Generationen wollen wir vor Ort zuhören und zusammen mit einer mutigen Stadtgemeinschaft in den nächsten Jahren echte Weichenstellungen für unsere Stadt vornehmen. Gerade in der Krise hören wir hin und lassen niemanden allein. Denn wir wissen, Solidarität ist die Antwort.

1) Lebensqualität entsteht vor Ort in unseren Vierteln

Bonn ist eine vielfältige Stadt und lebt von zahlreichen lebendigen Stadtvierteln und Ortskernen. Dort besteht nach wie vor eine lokal verwurzelte Vereins- und Geschäftskultur. Individualität und Gemeinschaft kommen dort in einer funktionierenden Nachbarschaft gleichzeitig zur Geltung. Jeder Ortsteil, jedes Viertel bringt dabei seine ganz eigene Identität in das Stadtleben ein. Es sind diese dezentralen Strukturen, die eine hohe Lebensqualität vor Ort ermöglichen und unsere Stadt so lebenswert machen. Dieses unverwechselbare Profil wollen wir bewahren, fördern und in seiner Bedeutung stärken. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass alle Menschen – unabhängig von Herkunft oder Finanzkraft – am pulsierenden Leben in ihrem Viertel teilhaben können.

- Wir wollen die Vitalität der vielen dezentralen Ortsteile erhalten und die Lebensqualität vor Ort durch ein aktives Quartiersmanagement fördern. Dies betrifft öffentliche Plätze, Parks und Aufenthaltsräume sowie die örtliche Infrastruktur aus Versorgungseinrichtungen, Geschäften, Gastronomie sowie Freizeit- und Gesundheitsangeboten.
- Die Stadtverwaltung wird mit ihren Dienstleistungen dezentral in Bezirksbürgerämtern präsent sein und kurze Wege für die Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Dezentrale Anlaufstellen sollen die Servicequalität der Stadt spürbar verbessern und gleichzeitig die städtischen Angestellten entlasten.
- Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig das städtische Gesundheitsamt ist. Wir werden es verstärken und so unser aller Gesundheit schützen.
- Wir setzen uns für lebendige Ortskerne ein, indem wir im Rahmen der Quartiersentwicklung öffentliche Gebäude bereitstellen, die ein Ort der Begegnung sind, in denen Raum für lokale Vereine und öffentliche Versammlungen entsteht und sich Gastronomie ansiedeln kann. Diese Stadtteiltreffs sollen Kindern, Jugendlichen, Familien sowie Seniorinnen und Senioren offenstehen.
- Der Erhalt der vielfältigen Kultur-, Sport- und Freizeitangebote in den Stadtteilen ist uns wichtig. Gut sortierte Stadtteilbibliotheken sowie Spielplätze in ausreichender Zahl und guter Qualität gehören ausdrücklich dazu.
- Der öffentliche Raum muss zum Verweilen einladen. Das erfordert eine attraktive Gestaltung öffentlicher Plätze, ausreichend Sitzgelegenheiten, Beleuchtung und Begrünung, freies WLAN, eine regelmäßige Reinigung und genügend Mülleimer, die rechtzeitig geleert werden. Öffentliche Toiletten müssen ausgebaut und regelmäßig gereinigt und instandgesetzt werden.
- Naherholungsgebiete im Stadtgebiet sind eine unverzichtbare Quelle der Entspannung und des Ausgleichs. Daher werden wir bestehende Flächen weiterentwickeln und für ausreichend grüne Zonen Sorge tragen.
- Zur Lebensqualität in den Stadtvierteln gehört auch das Miteinander der Generationen. Wir wollen Treffpunkte und Wohnprojekte fördern, die seniorengerecht und barrierefrei sind und verschiedene Generationen unter einem Dach vereinen. Dazu gehören auch die nachbarschaftliche Hilfe, Serviceangebote für altersgerechtes Wohnen und dezentrale Beratungsstellen für Teilhabe am öffentlichen Leben.

- Angebote der häuslichen Pflege für Pflegebedürftige jeden Alters und Menschen mit Behinderung werden wir unter anderem durch die Schaffung passender Wohnformen ausbauen. Wer nicht mehr zu Hause leben kann, muss in Bonn auch einen Pflegeplatz finden. Wir wollen daher die Zahl an stationären sowie Kurzzeit-Pflegeplätzen erhöhen und uns dafür einsetzen, dass das Instrument der Pflegestützpunkte weiter ausgebaut wird. Zudem werden wir die Einrichtung weiterer städtischer Seniorenzentren prüfen. Gleichzeitig müssen wir gewährleisten, dass sich Pflegekräfte das Leben in der Stadt leisten können, damit wir den Bedarf an qualifiziertem Personal auch decken können.
- Wir setzen uns für eine barrierefreie Stadt ein. Barrierefreiheit ist keine Gunst, die gewährt wird, sondern ein grundlegendes Recht. Sie fehlt in Bonn beispielsweise noch häufig bei den Ein- und Ausstiegen im öffentlichen Nahverkehr und an Bahnhöfen.
- Ehrenamtliches und nachbarschaftliches Engagement gehört zu den Stützen unserer Gesellschaft, das die Stadt mit professionellen Dienstleistungen und Serviceangeboten unterstützen muss. Ergänzend werden wir Vergünstigungskonzepte für Ehrenamtliche, zum Beispiel im Nahverkehr, erarbeiten.
- Noch bieten nicht alle Viertel unserer Stadt die gleichen Voraussetzungen. Daher müssen wir in strukturschwächere Gebiete investieren, nicht nur durch den Ausbau der Infrastruktur, sondern auch durch Beratungsangebote und eine umfangreiche Sozial- und Jugendarbeit.

Es gehört zu den kommunalen Aufgaben, den öffentlichen Raum nicht nur attraktiv, sondern auch sicher zu gestalten. Prävention ist dabei besser als Nachsicht und daher ist es unser Anspruch, eine vorsorgende Politik im Bereich der öffentlichen Ordnung und Gefahrenabwehr zu entwickeln und nicht Probleme unter falschen Annahmen durch freiheitseinschränkende Restriktionen zu bekämpfen.

- Ein einsatzbereiter Katastrophenschutz und ein funktionierendes Notfallmanagement sind unerlässlich für eine krisenfeste und handlungsfähige Stadt. Wir wollen einen dezentral aufgestellten, pluralen Bevölkerungsschutz aus haupt- und ehrenamtlichem Personal, in dem sich Stadt und gemeinnützige Organisationen auf Augenhöhe begegnen. Wir werden die Arbeits- und Einsatzbedingungen auf den Prüfstand stellen und gemeinsam auf den aktuellen Stand der Technik bringen. Darüber hinaus entwickeln wir Maßnahmen, die eine ergänzende Selbsthilfefähigkeit im Katastrophenfall ermöglichen.
- Die subjektive Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit weicht oft von der tatsächlichen Bedrohungslage ab. Wir wollen dem entgegenreten, indem wir stadtweit gemeinsame Anlaufstellen von Polizei und Ordnungsamt in den Ortsteilen schaffen und Angsträume besonders für Frauen beseitigen, indem wir dunkle Orte, Wege und Gassen besser ausleuchten.
- Wir werden die Präventionsarbeit in der Stadt ausbauen, um Gewaltdelikte spürbar zu reduzieren und die Drogen- und Suchtberatung auch mit anonymisierten Angeboten stärken. Dazu vernetzen wir Polizei, Sozialarbeit und Ehrenamt.
- Organisationen und Strukturen für den Opferschutz sowie Maßnahmen für den Schutz und die Für- und Nachsorge von Einsatzkräften bekommen von uns jede notwendige

Förderung. Auch muss es genügend Plätze in Frauenhäusern geben, die für die Betroffenen kostenlos und barrierefrei sind.

2) Eine aktive Politik für bezahlbares Wohnen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht. Daher ist es elementarer Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Für alle Einkommensgruppen muss es ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem und attraktivem Wohnraum in der Stadt geben. Wir stellen uns der Verdrängung von Menschen mit niedrigem Einkommen aus attraktiven Wohnvierteln entgegen. Die Stadt gehört uns allen und daher ist es uns wichtig, dass in allen Stadtteilen eine durchmischte Sozialstruktur mit Menschen aus unterschiedlichen Berufs- und Einkommensgruppen, Milieus oder anderen sozialen Zusammenhängen vorhanden ist. Eine bezahlbare Wohnung in einem attraktiven Umfeld ist kein Privileg, das man sich leisten können muss. Es ist ein Anrecht für jede und jeden. Dazu ist aktives politisches Handeln erforderlich.

- Durch eine aktive Wohnungsbaupolitik sollen Mieterinnen und Mieter in Bonn nicht mehr als 30 Prozent ihres Einkommens für ihre Wohnung zahlen müssen. Auch im Alter muss Wohnraum erschwinglich bleiben.
- Bei allen Bauprojekten in der Stadt mit mehr als fünf Wohnungen soll der Anteil preisgebundener Wohnungen mindestens 50 Prozent betragen: 30 Prozent für geförderte Wohnungen sowie weitere 20 Prozent für mietregulierte Wohnungen.
- Die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft VeBoWAG muss künftig jedes Jahr mindestens 400 Mietwohnungen bauen.
- Zur Entlastung des Wohnungsmarktes wird die Stadt Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung stellen und Projekte gemeinnütziger, gemeinwohlorientierter und genossenschaftlicher Bauträger fördern. Dazu werden wir ihnen spezifische Finanzierungen anbieten und städtische Beteiligungsmöglichkeiten prüfen. Die Stadt wird außerdem von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und Grundstücke sowie Wohnungen zurückkaufen, um sie preisgünstig zu vermieten. Insbesondere um landes- oder bundeseigene Liegenschaften soll sich bemüht werden.
- Wir werden gegenüber Land und Bund Initiativen ergreifen, um den genossenschaftlichen Wohnungsbau wiederzubeleben.
- Der Verkauf städtischer Grundstücke muss zur Ausnahme werden. Die Stadt soll sie nach Möglichkeit eigenständig bewirtschaften oder in Erbpacht vergeben. Für die Betreuung eigener Liegenschaften und sozialverträglicher Wohnungsbauprojekte wird die Stadt eine Stadtentwicklungsgesellschaft gründen.
- Bebauungspläne und Genehmigungsverfahren, die dem Allgemeinwohl und der Schaffung bezahlbaren Wohnraums dienen, erhalten künftig Vorrang. Spekulationen auf Mietpreise oder Grundstückswerte werden wir entschieden entgegenreten. Wir werden Instrumente entwickeln, um Wertsteigerungen von Grundstücken, die durch Bebauungspläne oder Baugenehmigungen entstehen, mindestens zur Hälfte abzuschöpfen.
- Wir werden die Entwicklungen des Wohnungsmarktes und der Sozialstruktur in den Stadtvierteln genau beobachten, und soziale Verdrängung aus Wohnquartieren gezielt

bekämpfen. Dieses Ziel werden wir insbesondere durch eine Milieuschutzsatzung erreichen.

- Der Wohnungsbau muss auch bezahlbare barrierefreie Angebote sowie Konzepte für betreutes Wohnen in ausreichendem Maß beinhalten, die sich auch an Pflegebedürftige aller Altersstufen richten.
- Studierende stellt die Wohnraumknappheit vor besondere Herausforderungen. Wir wollen den punktuellen Andrang zu Semesterbeginn abfedern und mit Wohncontainern oder anderen kreativen Lösungen aushelfen.
- Eine kluge Baupolitik trägt maßgeblich zum Klimaschutz bei. Daher werden wir energieeffizientes Bauen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen fördern und vorantreiben. Neue Baukörper sollen nach Möglichkeit parallel zu Frischluftschneisen entstehen. Eine unnötige Flächenversiegelung beispielsweise durch Schottergärten wird untersagt werden. Wir werden den Stellplatzschlüssel für PKW lockern und zu Gunsten von Radstellplätzen ändern.
- Eine Stadt braucht auch Freiflächen und grüne Zonen; gleichzeitig ist die Fläche der Stadt insgesamt begrenzt. Daher werden wir bestehende Frei- und Grünflächen weitgehend erhalten und dort, wo es möglich ist, baulich nachverdichten. Bereits versiegelte Flächen (zum Beispiel einstöckige gewerbliche Bauten, Parkplätze oder Garagenanlagen) sollen überbaut und Höhenbeschränkungen maßvoll gelockert werden.
- Eigentum verpflichtet. Daher werden wir dem gesetzlichen Baugebot Nachdruck verleihen und Eigentümerinnen und Eigentümer freier Grundstücke zum Bau oder Verkauf anhalten. Unnötige Leerstände werden wir konsequent nachverfolgen. Darüber hinaus werden wir weitere Wohnungsbauflächen in Bonn identifizieren und nachhaltig entwickeln
- Die Zweckentfremdung von Wohnraum in Bonn werden wir konsequent bekämpfen. Dies gilt für Ferienwohnungen oder Medizintourismus gleichermaßen.
- Wir wollen die großen Bonner Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dafür gewinnen, Dienst- oder Werkwohnungen zu bauen. Die Stadt soll hier gemeinsam mit der VeBoWAG als gutes Beispiel vorangehen und ihren Angestellten unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auszubildenden günstigen Wohnraum anbieten.
- Gemeinsam mit IHK und Unternehmen wollen wir Konzepte entwickeln, wie Gewerbeflächen besser genutzt werden können, um zusätzliche Flächen für Wohnraum (oder Gewerbe) zu gewinnen.

3) Sport und Kultur: Seit an Seit für mehr Teilhabe

Die Gestaltung des Freizeitens wird maßgeblich von Sport und Kultur geprägt. Beides trägt zur Erholung bei, ist Ausgleich zum Berufs- oder Schulalltag und legt die Grundlage für soziale Kontakte. Lange Zeit standen Kultur- und Sportszene in einer Art Wettbewerb um Aufmerksamkeit und öffentliche Unterstützung zueinander. Das soll der Vergangenheit angehören. Sport und Kultur gehören zusammen. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille und daher werden wir beides künftig auch zusammendenken. Wir werden den Vertreterinnen und Vertretern beider Bereiche gut zuhören und ihnen gleichberechtigt die notwendige

Unterstützung zu Teil werden lassen. Sport und Kultur prägen auf je ihre Weise unsere Gesellschaft und daher sind sie elementarer Bestandteil einer inklusiven Teilhabe für alle Bonnerinnen und Bonner. Unser Auftrag ist es, zu gewährleisten, dass wir in der Stadt ein breites und attraktives Angebot an organisierten und freien Angeboten aus Sport und Kultur sicherstellen können. Wir wollen finanzielle Hürden abbauen und sicherstellen, dass die Angebote allen Bonnerinnen und Bonnern zugutekommen. Denn Kultur und Sport sind für alle da!

- Die überfällige Sanierung der bestehenden Sportstätten werden wir umgehend in Angriff nehmen und den Ausbau nachgefragter Sportangebote unterstützen. Wir stehen an der Seite der zahlreichen Sportvereine, um das breite, qualitativ hochwertige Sportangebot in der Stadt zu fördern. Den Vereinen müssen einwandfreie Hallen und Sportanlagen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.
- Die unterschiedlichen Profile der Stadtbezirksbäder wollen wir klar herausstellen. Wir wollen das Frankenbad als Familien- und Sportbad in Innenstadt- und Universitätsnähe erhalten und sanieren. In Bad Godesberg wollen wir ein neues Kurfürstenbad an gleicher Stelle als Gesundheits- und Wellnessbad errichten. In Beuel streben wir einen Ausbau des Ennertbades als wettkampftaugliches Kombibad an. Das Hardtbergbad muss als Familien- und Freizeit-Kombibad ausgebaut werden.
- Wir werden die Freibäder erhalten und modernisieren. Durch Kombibäder sollen auch in den Sommermonaten Angebote realisiert werden, um für das Freizeit- wie auch das Schul- und Vereinsschwimmen ausreichende Kapazitäten zu gewährleisten, damit das lebenswichtige Schwimmenlernen für Kinder in Bonn nicht zum Luxus wird.
- Die Angebote für Gesundheitsschwimmen müssen erhalten und ausgebaut werden. Betreiber von Therapiebädern – insbesondere Krankenhäuser und Sozialvereine – wird die Stadt unterstützen.
- Bei der Sanierung und dem Neubau von Sportstätten und Schwimmbädern werden wir dafür Sorge tragen, dass Zugang und Nutzung barrierefrei sind. Nicht-sanierungsbedürftiger Bestand muss barrierefrei werden. Als Sitz des Paralympischen Komitees soll sich Bonn zur Vorreiterin für inklusive Sportstätten und -angebote entwickeln.
- Sportvereine erfüllen wichtige Funktionen in der Freizeitgestaltung sowie in der Kinder- und Jugendarbeit und leisten dort unersetzliche Arbeit, nicht zuletzt bei der Vermittlung gesellschaftlicher Werte. Wir wollen daher Schulen und Vereine näher zusammenbringen und den Austausch zwischen ihnen, insbesondere in der Ganztagsbetreuung, fördern.
- Wir werden in der Stadt mehr Bewegungsflächen schaffen und Sportanlagen abseits des Trainingsbetriebes öffentlich zugänglich halten. Programme wie „Sport im Park“ unterstützen wir.

Bonn ist reich an kulturellen Einrichtungen und Angeboten. Das soll auch so bleiben. Die Vielzahl öffentlicher und freier Kulturschaffender bereichert das Leben vieler Bonnerinnen und Bonner und trägt zur musischen Bildung bei. Wir begreifen Kultur als Teil der Daseinsvorsorge und wollen daher die vielen Angebote einer noch größeren Zahl an Menschen zugänglich machen. Der Stadt obliegt die Aufgabe, Rahmenbedingungen und Hilfestellungen für die Weiterentwicklung der vielfältigen Angebote zu schaffen und die finanziellen Mittel

effizient und zielführend zur Verfügung zu stellen. Dies gilt umso mehr, da die Maßnahmen der Corona-Bekämpfung die Kulturszene hart treffen. Unsere Solidarität ist hier gefragt.

- Museen, Bibliotheken, Theater, Musikschulen und die Volkshochschule gehören für uns zur kulturellen Grundversorgung, deren Angebote für alle zugänglich und interessant und in der Fläche breit aufgestellt sein müssen.
- Wir stehen für den Erhalt der dezentralen Stadtteilbibliotheken, für die wir kluge Konzepte erarbeiten und eine gute Ausstattung mit Medien und Personal sicherstellen werden.
- Wir wollen in den städtischen Sport- und Kultureinrichtungen unter den prekär Beschäftigten mehr tarifgebundene öffentliche Stellen schaffen.
- Wir setzen uns für die Vernetzung der zahlreichen kulturellen Einrichtungen in der Stadt ein, um verschiedene Angebote und Formate für eine noch breitere Öffentlichkeit zu ermöglichen. Wir fördern die breit aufgestellte Kulturlandschaft aus klassischen Angeboten und der freien Szene. Die Stadt wird dazu ihre institutionelle Förderung sowie ihre Projektfördermittel verbessern und bei der Beantragung unterstützend wirken. Wir werden ein Programm zur Förderung der digitalen Umsetzung kultureller Angebote auflegen, das insbesondere freien und selbstständigen, in ihrer Existenz bedrohten Kulturschaffenden durch die Corona-Krise helfen soll.
- Das Stadtarchiv, Museen und Bibliotheken beherbergen oftmals wichtige und unersetzliche Kulturgüter. Wir werden gemeinsam mit den Einrichtungen Konzepte weiterentwickeln, wie diese Güter geschützt und bei Bedarf in Sicherheit gebracht werden können.
- Wir werden Raum für Konzerte aller Stilrichtungen, Festivals, Aufführungen oder andere Formate schaffen. Nach Möglichkeit werden wir am Rheinufer Platz für kulturelle Veranstaltungen einrichten. Für die freie Kulturszene werden wir in der Verwaltung weitere Anlaufstelle einrichten, die für deren Projekte schnelle und unbürokratische Unterstützung bietet.
- Das Jubiläumsjahr zu Beethovens 200. Todestag 2027 wirft seine Schatten voraus. Neben einer guten Vorbereitung darauf wollen wir das Potenzial Beethovens besser nutzen und daraus auch finanzielle Fördermittel für die künstlerische Arbeit und eine nachhaltige Kulturentwicklung in Bonn gewinnen.
- Bereits jetzt sind das Beethoven-Orchester und die städtischen Bühnen ein Aushängeschild unserer Stadt und gehören fest zu unserer Identität. Dies muss auch künftig so bleiben.
- Die Öffnung der Oper zu einem Haus der Kultur unterstützen wir und werden dies weiterentwickeln. Damit soll eine Verzahnung der städtischen Bühnen gelingen und ein vielfältiges Kulturangebot für unterschiedliche Zielgruppen entstehen. Mit einem abwechslungsreichen Programm sollen sich Theater und Oper einem breiteren Publikum öffnen.
- Wir setzen uns für den Erhalt des Deutschen Museums ein. Für die Alte VHS wollen wir schnellstmöglich nach einer mindestens gleichwertigen Einrichtung suchen, um freien Kulturangeboten gute Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

- Wir wollen Schulklassen und Kita- oder Kindergartengruppen einen regelmäßigen und freien Eintritt in Museen und Theatervorstellungen ermöglichen. Wir unterstützen Maßnahmen und Projekte, die kulturelle Angebote in Schulen oder Kitas hineinbringen.
- Wir wollen für Kinder den niedrigschwelligen Zugang zur Musik weiter öffnen, zum Beispiel durch Kooperationsverträge zwischen der Musikschule und den Grund- und weiterführenden Schulen oder der Teilnahme am Landesprogramm JEKITS (Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen). Dazu gehört auch die Bereitstellung von Instrumenten durch die Stadt.
- Familien wollen wir den vergünstigten Zugang zu städtischen Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen erleichtern, indem Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sowie eine Begleitperson verstärkt freien Eintritt oder Ermäßigungen erhalten. Private Anbieter wollen wir für eine Teilnahme gewinnen.
- Auch die Bonner Kneipenszene gehört zum kulturellen Leben, nicht zuletzt als Veranstaltungsort für kleinere und größere Events. Damit bereichert sie die Lebensqualität in unseren Stadtteilen und ist zugleich ein Ort der Begegnung unterschiedlicher Menschen. Durch den Corona-bedingten Lockdown sind viele Kneipen in wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Wir werden uns für Hilfsmaßnahmen einsetzen, die der lokalen Gastronomie durch die Krise helfen und auch darüber hinaus Rahmenbedingungen schaffen, die ein attraktives Nachtleben ermöglichen.

4) Bildungschancen für alle – von der Kita bis zur Hochschule oder zum Meister!

Der Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit ist ein bestärkendes, durchlässiges und förderndes Bildungssystem. Es muss gebührenfrei und steuerfinanziert sein und vor allem die Lernenden unterstützen, die schwierige Rahmenbedingungen zu Hause vorfinden. Defekte Schultoiletten, marode Klassenräume und fehlende digitale Raumausstattung behindern das Lernen – egal ob in der Grund- oder Berufsschule. Daran wollen wir etwas ändern! Dabei begreifen wir Schule als einen Raum, der von Schülerinnen und Schülern aktiv mitgestaltet wird und der Freiräume zum Atmen lässt. Gerade in der Corona-Krise haben wir gesehen: Engagierte Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen, Erzieherinnen und Erzieher, Kita-Leitungen, Elternvertretungen, Schülerinnen und Schüler – alle gemeinsam haben dafür gesorgt, dass Lernen und Bildung auch in der Krise gelingen. Wir wollen diese Teams dabei unterstützen und Rahmenbedingungen garantieren, die dafür sorgen, dass Bildung echte Chancen schafft.

- Wir stehen zu einem steuerfinanzierten, gebührenfreien Bildungsangebot von der Kita bis zur Hochschule. Für dieses werden wir uns auf allen Ebenen einsetzen.
- Frühkindliche Bildung, gelingende Integration, das Erlernen von Gemeinschaft: All das garantiert der Kita- und Tagespflegeplatz. Auch für die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt ist er unverzichtbar. Derzeit fehlen 1.800 Kitaplätze in Bonn. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, den Ausbauprozess trotz vielfältiger Herausforderungen zu beschleunigen, so dass möglichst jedes Kind in Bonn nach dem ersten Lebensjahr einen Platz erhält. Das ist eine Grundvoraussetzung für eine wachsende Stadt.

- Wir werden zudem dafür eintreten, dass die Stadt Bonn die Pläne von Firmen, Betriebskindergärten einzurichten, noch aktiver unterstützt und fördert.
- Auch der offene Ganzttag ist für die Organisation des Familienlebens und des Berufes existenziell. Wir sind sicher, dass ein gesetzlicher Anspruch richtig ist und kommen wird. Daher stellen wir Bonn für die Zukunft auf: Für alle Schülerinnen und Schüler soll ein OGS-Platz zur Verfügung stehen – mit einer zukunftsfesten Schulentwicklungsplanung im Grundschulbereich und einem ehrgeizigen Ausbauprogramm.
- Wir sind davon überzeugt, dass Gemeinschaft nur dann funktioniert, wenn man Vielfalt lebt und sie als Chance sieht. Wir wollen keine Schullandschaft, in der jeder unter sich bleibt. Wir stehen zum gemeinsamen Lernen. Unser Ziel ist es, dass sich junge Menschen aus unterschiedlichen Stadtteilen, mit verschiedenen Herkunftten, Stärken und Schwächen begegnen. Daher werden wir die schulische, stadtweite Zusammenarbeit ausbauen und Konzepte von schulübergreifenden Projekten fortentwickeln.
- Es ist kein Zufall, dass der Bildungsabschluss noch viel zu häufig mit dem Bildungshintergrund der Eltern zusammenhängt. Dem kann man nur entgegenwirken, wenn sich Unterstützung auch nach individuellen Bedürfnissen richtet. Daher muss sich die Zahl des Schulpersonals und insbesondere der Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter an der sozialen Struktur des jeweiligen Stadtteils orientieren.
- Soziale Ungerechtigkeit im Bildungs- und Schulsystem tritt auch dort auf, wo Bildungsangebote nicht mehr von der allgemeinen Schulpflicht umfasst werden. Familien, die sich den Nachhilfeunterricht, Musikunterricht oder Vereinssport ihrer Kinder nicht leisten können, bedürfen unserer aktiven Unterstützung. Neben dem Einsatz von entsprechenden Fördermitteln des Landes werden wir daher auch eigene Förderkonzepte entwerfen.
- Kinderarmut ist in unserer Stadt nach wie vor ein Thema und für uns ein unhaltbarer Zustand. Wir werden daher das Bonner Sozialsystem stärken und gezielt Kinderarmut bekämpfen.
- Kurzfristig werden wir einen integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan in Angriff nehmen, der auch außerschulische Angebote einbezieht und eine Vernetzung von Vereinen und Schulen verstärkt. Auch die Begegnung mit Kunst und Kultur soll in den Schulen fest verankert sein. Dies werden wir unterstützen.
- Damit Lernen gelingen kann, braucht es Räume, saubere Toiletten und eine technische Ausstattung, die eine gute Lernatmosphäre schaffen. Um das strukturiert zu leisten, werden wir wieder ein eigenes Gebäudemanagement für Schulen im Schuldezernat ansiedeln, um die Abstimmungswege präziser und die Verantwortlichkeiten klarer zu machen.
- Das Essen in den Schulen muss gesund, lecker und bezahlbar sein. Wir wollen den Anteil von Lebensmitteln aus regionalem, ökologischem Anbau stetig steigern und das vegetarische und vegane Angebot ausweiten.
- In unserer Gemeinschaft mitzubestimmen und sich aktiv einzubringen ist nur möglich, wenn man sich auch souverän im digitalen Raum bewegen, abwägen und kritisch prüfen kann. Damit Schule auch diesen Teil der medialen Bildung leisten kann, braucht sie eine Ausstattung, die dem gerecht wird. Wir werden in schnelle Internetzugänge und eine moderne, pädagogisch sinnvolle digitale Ausstattung der Bonner Schulen investieren.

- Gerade die Corona-Pandemie zeigt, dass auch die technische Ausstattung der Schülerinnen und Schüler ungemein wichtig ist, wenn auch digitale Formate das Lernen ergänzen sollen und Medienkompetenz konsequent vermittelt wird. Grundsätzlich setzen wir uns auf allen Ebenen für Lernmittelfreiheit ein, so dass auch ein digitales Endgerät für jede Schülerin und jeden Schüler zur Verfügung steht. Auch Lehrkräfte müssen ausgestattet werden. Auf städtischer Ebene wollen wir jedoch auch kurzfristig Lösungen finden. Daher werden wir ein Verleihsystem von digitalen Endgeräten etablieren, das mit einer Mischung aus Spenden und städtischen Investitionen garantiert, dass alle Lernenden auch kurzfristig Zugang zu einem digitalen Endgerät haben.
- Unabhängig von ihrer Trägerschaft müssen Schulen die gleichen sozialen Aufgaben wahrnehmen. Wir werden darauf hinwirken, dass auch an allen Schulen eine soziale Durchmischung gewährleistet ist.
- Wir werden gemeinsam mit den Gesundheits- und Sozialdiensten sowie den Sicherheitsbehörden und -partnern der Stadt ein Konzept entwickeln und umsetzen, wie elementares Wissen beispielsweise zur ersten Hilfe oder Verhalten bei Unglücken oder Straftaten vermittelt und stetig aufgefrischt werden kann.
- Lebenslanges Lernen wird von vielen wichtigen Bildungsträgern in unserer Stadt mit Leben gefüllt. Wir wollen sie noch stärker miteinander vernetzen. Gerade die Volkshochschule ist ein fester Bestandteil dieser Struktur. Ihre dezentralen Kursräume wollen wir erhalten.
- Jugendverbände, Sportvereine und Jugendtreffs sind wichtige Freiräume für junge Menschen in unserer Stadt. Die Arbeit freier Träger, die diese Orte schaffen, wollen wir endlich langfristig in einem Jugendförderplan sichern.
- Wir werden die Jugendverbände auf höherem Niveau weiter fördern, Jugendzentren erhalten, sanieren und ausbauen sowie attraktive und inklusive Freizeitflächen schaffen.
- Jugendsozialarbeit leistet einen entscheidenden Beitrag dabei, junge Menschen auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu unterstützen, auch wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Wir wollen die Sozialarbeit viel stärker ausbauen. Gemeinsam mit sozialen Einrichtungen, Unternehmen und Betrieben wollen wir weitere Unterstützungsangebote erarbeiten.
- Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche die Stadt mitgestalten und ihre Ideen einbringen. Deshalb werden wir gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen kreative Konzepte erarbeiten, durch die sie sich bei der Ausgestaltung kommunaler Themen in Bonn dauerhaft beteiligen können.

5) Wirtschaft, Arbeit und Wissenschaft: Das Rückgrat unserer Stadt

Die lokale Wirtschaft gehört zum Rückgrat jeder Stadt. Eine prosperierende und leistungsstarke Unternehmensstruktur bietet Arbeitsplätze und garantiert Einnahmen für die kommunale Handlungsfähigkeit. Politik und Wirtschaft sind keine Gegenspieler, sondern Partner bei der Entwicklung der Stadt. Wir möchten, dass Unternehmen in Bonn gute Standortbedingungen vorfinden, damit wir uns als Zentrum innovativen und nachhaltigen

Wirtschaftens etablieren. Als Politik setzten wir die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Unternehmen und Betriebe.

- Kommunale Wirtschaftspolitik ist Standortpolitik. Daher kümmern wir uns um eine adäquate und verlässliche Gewerbeflächenpolitik, die Bereitstellung von Wohnraum, exzellenten Bildungs-, Weiterbildungs- und Betreuungsangeboten sowie attraktiven Freizeit- und Naherholungsmöglichkeiten.
- Wir werden in die Instandhaltung und den Ausbau unserer kommunalen Infrastruktur investieren. Planungszeiten sollen verkürzt, Genehmigungsverfahren vereinfacht werden.
- Öffentliche Infrastruktur ist Aufgabe der Stadt und kein Mittel der Gewinnerwirtschaftung. Daher lehnen wir Öffentlich-Private Partnerschaften, bei denen nur Verluste der Allgemeinheit auferlegt werden, grundsätzlich ab.
- Viele kleine Betriebe haben unter den Beschränkungen der Corona-Maßnahmen zu kämpfen. Als Auftraggeberin nicht zuletzt für die anstehenden Sanierungs- und Neubaumaßnahmen der städtischen Infrastruktur wollen wir lokale Unternehmen nach Kräften und nach Möglichkeiten des Vergaberechts unterstützen und bei der Krisenbewältigung begleiten.
- Gemeinsam mit unseren Nachbarkommunen werden wir die Entwicklung von Gewerbeflächen voranbringen, um eine dynamische Wirtschaft vor Ort zu ermöglichen.
- Schnelles Internet ist ein wichtiger Standortfaktor. Wir werden daher den Ausbau des Breitbandnetzes gezielt vorantreiben und wo möglich in laufende Tiefbauarbeiten integrieren. Auch ein stadtweites freies WLAN-Netz ist unser Ziel.
- Wir fordern, dass sich die Wirtschaftsförderung verstärkt um Wochenmärkte in den Stadtteilen bemüht, auf denen vorwiegend landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Region angeboten werden, die bevorzugt aus ökologischem Anbau stammen und unter sozialen Arbeitsstandards produziert worden sind.
- Kommunale Betriebe sichern die öffentliche Daseinsvorsorge und stellen wichtige Dienstleistungen bereit. Für eine funktionierende Stadt sind sie unverzichtbar und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor – als Arbeitgeber und Ausbildungsstätte, bei der Auftragsvergabe sowie der Preis- und Gebührenpolitik. Wir bekennen uns ausdrücklich zu kommunalen Betrieben als Rückgrat für eine funktionierende Stadt und lehnen die Privatisierung von Gütern oder Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ab.
- Eine sichere und widerstandsfähige Stadt ist ein Standortvorteil, denn Unternehmen können auch in Krisen auf eine funktionierende kommunale Sicherheitsarchitektur zählen. Daher werden wir Bonn als resiliente Stadt ausbauen.

Die hier ansässigen Unternehmen sind dann leistungsfähig, wenn sie neben guten Standortbedingungen auch gute Arbeit anbieten. Nach den massiven Einschnitten durch die Corona-Pandemie sind wir gefragt, die Arbeitswelt vor Ort gemeinsam weiterzuentwickeln und – soweit es in unserer Hand liegt – den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht zu werden. Der Vielfalt der Beschäftigungsformen müssen wir dabei Rechnung tragen. Insgesamt gilt jedoch: Gute Arbeit ist die Grundlage für eine innovative und starke lokale Wirtschaft.

- Wir wollen den Wandel der Arbeitswelt hier vor Ort begleiten und gute Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die lokalen Betriebe schaffen. Dazu gehört nicht zuletzt, dass wir die Stadt für alle Einkommensgruppen bezahlbar halten. Wir wollen die räumliche Trennung von Wohnen und Arbeit dort, wo es sinnvoll und möglich ist, reduzieren.
- Wir werden uns für ausreichend Fort- und Weiterbildungsangebote für alle städtischen und nicht-städtischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden wir uns prioritär an tarifgebundene Unternehmen wenden.
- Wir treten für einen intensiven Dialog zwischen Politik und Gewerkschaften ein, um den Einsatz für gute Arbeitsbedingungen, die nicht zuletzt unbefristete, tarifgebundene und mitbestimmende Vollzeitbeschäftigung umfassen, zu unterstützen und zu stärken. Der Mitsprache von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens wollen wir mehr Gewicht verleihen.
- Gemeinsam mit den Leitungsgremien und den Personal- und Betriebsräten der Bonner Unternehmen wollen wir einen „Kodex für gute Arbeit“ initiieren und vereinbaren. Darin sollen Standards für Arbeits- und Ausbildungsplätze, faire Entlohnung und Mitbestimmungsrechte, Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt sowie Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung enthalten sein. Die Stadt als Arbeitgeberin wird hier mit gutem Beispiel vorangehen.
- In der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben werden wir flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen und durch Kinderbetreuungsangebote die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Als Universitätsstadt und Wissenschaftsstandort genießt Bonn internationales Ansehen und ist attraktiv für Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt. Wir freuen uns, dass die wissenschaftlichen Leistungen unserer Universität durch die Auszeichnung als Exzellenzuniversität gewürdigt wurden und wollen der hervorragenden Lehre und Forschung optimale Rahmenbedingungen zur Seite stellen. Die Wissenschaftsregion reicht über die Stadt Bonn hinaus; die verschiedenen Akteure enger miteinander und mit der lokalen Wirtschaft zu verzahnen, muss unser Anspruch sein, um die Potenziale voll ausschöpfen zu können.

- Die Stadt Bonn muss einen engen Kontakt mit den hier ansässigen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen pflegen, um optimale Standortbedingungen zu gewährleisten. Wir werden einen Sonderausschuss „Hochschulstandort Bonn“ einrichten und Stadt, Hochschulen und Wirtschaft zusammenbringen.
- Den zahlreichen Beschäftigten an der Universität und ihren Angehörigen müssen wir gute Wohn- und Lebensbedingungen schaffen. Die Qualität der Stadtteile gehört ebenso dazu wie gute Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitangebote.
- Auch für die zahlreichen Studierenden unserer Stadt werden wir gute Lebens- und Wohnbedingungen schaffen, indem wir unter anderem bezahlbaren Wohnraum schaffen, aber auch eine aktive studentische Kulturszene ermöglichen.

- Wir unterstützen den Ausbau der Hochschule Bonn-Rhein/Sieg mit einem zusätzlichen Lehrangebot in Bad Godesberg.
- Gemeinsam mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir attraktive Bedingungen für Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler oder ausländische Studierende schaffen.
- Die Stadt soll sich als Partnerin für Gründerinnen und Gründer sehen. Wir werden optimale Rahmenbedingungen für Existenzgründungen, Start-ups und wissenschaftliche Ausgründungen aus der Universität oder den benachbarten Hochschulen schaffen und diese gezielt fördern und unterstützen. Bei der Förderung werden wir auf die Standards guter Arbeit und Nachhaltigkeit achten.

6) Bonn geht als Klimastadt voran – mit konsequenten Maßnahmen hin zur Klimaneutralität und einer bezahlbaren Verkehrswende!

Bonn ist Stadt der Nachhaltigkeit, UN-Klimastadt und hat den Klimanotstand ausgerufen. Diese Titel sollen nicht länger Papiertiger bleiben, sondern müssen mit Leben gefüllt werden. Bonn kann vormachen, wie Nachhaltigkeit konsequent umgesetzt wird. Dabei wollen wir das ehrgeizige Ziel, bis 2035 klimaneutral zu sein, erreichen. Szenarien von Fahrverboten wie zum Beispiel auf der Reuterstraße zeigen uns auch direkt hier vor Ort, dass dringend Handeln notwendig ist. Es braucht eine Verkehrswende. Als Stadt der Nachhaltigkeit wollen wir auf die Schiene und das Rad setzen. Damit das möglich ist, müssen die Preise für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) deutlich günstiger und langfristig gebührenfrei werden; Radverkehrswege müssen nicht nur sicher, sondern auch gut ausgebaut sein. Wir wollen mehr S-Bahnen, Straßenbahnen und Buslinien. Durch eine gute Taktung und eine kluge Linienführung sollen sie zur attraktivsten Alternative für Mobilität in Bonn und der Region werden. Richtschnur unseres Handelns in allen Lebensbereichen muss die Senkung des CO₂-Ausstoßes in unserer Stadt sein. Dieses Ziel wollen wir gemeinsam mit einem Aktionsplan erreichen und unsere Kraftanstrengung darauf ausrichten.

- Wir sind fest entschlossen, bis 2035 in einem klimaneutralen Bonn zu leben. Um das zu erreichen, müssen alle Menschen sensibilisiert und gewonnen werden. Zusammen mit Klima- und Umweltinitiativen, dem Klimaschutzbeirat und unter breiter Beteiligung der gesamten Stadtgesellschaft werden wir Klimaschutzmaßnahmen definieren, einen Aktionsplan erstellen und umgehend mit seiner Umsetzung beginnen. Alle Klimaschutzmaßnahmen sind sozialverträglich auszugestalten. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- Klimaschutz wollen wir auch bei der Bebauung unserer Stadt umsetzen. Zusätzliche Freiflächen werden nur bebaut, wenn es für die Entwicklung der Stadt – vorrangig für den Wohnungsbau – erforderlich sowie ökologisch und sozial vertretbar ist. Wir werden auch darauf achten, dass Grün- und Freiflächen in der Stadt erhalten und weiterentwickelt werden. Vor allem wollen wir bereits versiegelte Flächen nachverdichten und Frischluftschneisen erhalten. Eine weitere Bebauung des Meßdorfer Felde lehnen wir ab.
- Wir unterstützen urbanes Gärtnern und werden prüfen, inwiefern die Stadt nicht genutzte Flächen verstärkt zum Gärtnern zur Verfügung stellen kann. So können wir alle

unseren Anteil leisten, dem Insektensterben entgegen zu wirken und Artenvielfalt zu erhalten.

- Im Sinne der Verkehrs- und Müllvermeidung lehnen wir einen Ausbau der Müllverbrennung in Bonn ab.
- Wir wollen alternative Parkmöglichkeiten schaffen und bei Neubauprojekten schrittweise bedarfsorientierte Tiefgaragenplätze für Anwohnerinnen und Anwohner einrichten und wie Stellplätze im öffentlichen Raum vermieten. Benötigte Parkhäuser sollen nur noch unterirdisch ermöglicht werden.
- Für städtische Neu- und Bestandsbauten werden wir die Energiekonzepte optimieren. Ziel ist eine klimaneutrale Versorgung mit stetig wachsendem Anteil an regenerativer Energie. So sollen unter anderem deutlich mehr Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden installiert werden. Zur Förderung von Photovoltaikanlagen auf privaten Gebäuden werden wir Programme wie das Solar-Paket Bonn plus PV der Stadtwerke ausbauen.
- Solange Klimaneutralität nicht erreicht ist, muss die Verwaltung die Emission von Treibhausgasen kompensieren und zertifizierte Projekte zur Förderung des Klimaschutzes unterstützen.
- Zur Kontrolle der Luftqualität fordern wir die Installation von mehr Messgeräten auf einer Höhe von 1,5 m.
- Wir wollen uns gemeinsam mit anderen Anrainerkommunen auf allen Ebenen dafür einsetzen, die Luftverschmutzung durch den Schiffsverkehr zu reduzieren.
- Alle städtischen Vorhaben sollen zukünftig auf ihre Klimarelevanz geprüft werden.
- Wir werden den von uns angestoßenen Prozess des Rückzuges der städtischen Finanzanlagen aus Produkten mit Kohle-Beteiligung konsequent fortsetzen.
- Das Angebot von Repair Cafés wollen wir ausbauen und bei städtischen Veranstaltungen auf Einweggeschirr verzichten.
- Mit dem Klimawandel können auch Stürme und Starkregen zunehmen. Unsere Stadt muss darauf vorbereitet sein. Wir brauchen beispielsweise zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner einen besseren Hochwasserschutz.
- Wir schaffen ein zuverlässiges, breites und kostengünstiges Angebot für Busse und Bahnen des Öffentlichen Nahverkehrs, damit er eine echte Alternative zum Auto bietet.
- Wir erhöhen die Taktung. Stadtbahnen sollen in den Hauptverkehrszeiten im 5-Minuten-Takt fahren.
- Wir wollen Bonn endlich richtig ans S-Bahnnetz anschließen. Wir setzen uns für den links- und rechtsrheinischen Ausbau des Schienennetzes ein und werden uns aktiv um den Ausbau der S-Bahn-Linien 13 (Troisdorf–Beuel–Oberkassel), 17 (Köln–Mehlem) und 23 (Duisdorf–Godesberg) bemühen.
- Wir brauchen eine Offensive für den Ausbau des Straßenbahnnetzes. Wir wollen die Westbahn über Endenich nach Duisdorf endlich bauen! Außerdem werden wir die Planungen der Verlängerung der Stadtbahn nach Mehlem und der Straßenbahn nach Friesdorf wieder aufnehmen sowie die Anbindung Buschdorfs durch Stadt- und Straßenbahn zügig

umsetzen. Darüber hinaus werden wir die Machbarkeit neuer Stadt-/Straßenbahnlinien prüfen.

- Wir wollen die Seilbahnverbindung von der rechten Rheinseite bis zum Venusberg schnellstmöglich realisieren. Im Rahmen des Planungsverfahrens wollen wir die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Die Seilbahnverbindung eröffnet eine zusätzliche Möglichkeit, das Bonner Stadtgebiet und den Rhein zeitsparend und umweltschonend zu queren. Grundsätzlich wollen wir auch weitere kreative Konzepte wie beispielsweise den regelmäßigen Betrieb von Personenschnellfähren (Wasserbus) prüfen und weiterverfolgen.
- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren fahren im Bonner Stadtgebiet kostenlos mit öffentlichen Verkehrsmitteln.
- Kurzfristig wollen wir für Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Behinderung in verkehrsarmen Zeiten und am Wochenende, mittelfristig durchgehend Fahrten zu sehr günstigen Konditionen anbieten.
- Wir fordern ein vereinfachtes, transparentes und kostengünstigeres Ticketsystem für den Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Kurzfristig werden wir weiteren Preiserhöhungen nicht zustimmen und stattdessen Preissenkungen einfordern. Langfristig wollen wir erreichen, dass die Nutzung von Bussen und Bahnen, Leihrädern und anderen Mobilitätsmodellen durch Steuern sowie Bundes- und Landesfördermittel finanziert werden und ticketlos nutzbar sind.
- Wir wollen ein modernes Busliniennetz, bei dem auch entlegene Stadtteile durch eine dichte Taktung angebunden sind. Weil die Linienplanung über den zentralen Busbahnhof als Nadelöhr für fast alle Buslinien zu Verspätungen führt, ist sie für das dezentrale Bonn ungeeignet. Wir wollen die Verknüpfung intelligenter, dezentral angelegter Verkehrsknotenpunkte. Insbesondere im Bonner Norden und im Norden Bad Godesbergs wollen wir Verbindungen ausbauen. Eine neue, direkte Busverbindung zwischen dem Flughafen Köln/Bonn und dem Bundesviertel werden wir schaffen.
- Wir wollen den Zentralen Busbahnhof (ZOB) endlich neugestalten und alle Haltestellen barrierefrei ausbauen.
- Klimaanlage und WLAN in Bussen und Bahnen sollen zum Standard gemacht werden. Alle Ticketautomaten der SWB Bus und Bahn müssen EC- und kreditkartenfähig sein. Digitale Informationsanzeigen, beleuchteter Witterungsschutz und Notrufsäulen an Haltestellen sollen ebenfalls den ÖPNV attraktiver machen. Saubere Haltestellen und saubere Fahrzeuge sind ebenso unverzichtbar, wie der verstärkte Einsatz von Sicherheitspersonal in den Abend- und Nachtstunden.
- Bei Neubeschaffung jeglichen Typs von Fahrzeugen durch die Stadt werden wir konsequent auf klimafreundliche Antriebe setzen.
- Wo immer sinnvoll werden wir Busspuren einrichten, damit Busse zukünftig am Stau vorbeifahren können. Wir müssen den öffentlichen Raum insgesamt gerechter verteilen. Busse und Bahnen, Fahrräder sowie Fußgängerinnen und Fußgänger sollen zukünftig deutlich mehr Platz auf den Straßen haben, Verkehrsberuhigungen zu mehr Sicherheit führen und den Schadstoffausstoß senken. Wir wollen autofreie Wohnprojekte prüfen und entwickeln sowie das Autoaufkommen in der Innenstadt deutlich reduzieren.

- Damit Pendlerinnen und Pendler auch auf das Auto verzichten können, wollen wir – in enger Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen – an den Ein- und Ausfallstraßen und Bahnhöfen vor der Stadtgrenze Park & Ride-Parkplätze errichten. Mit schnellen Busverbindungen, die nur an wenigen Haltestellen halten, sollen von dort die Innenstadt und die Arbeitsstätten schneller erreicht werden.
- Das Meistern der Verkehrswende erfordert mehr Personal. Wir müssen mehr Busfahrerinnen und Busfahrer einstellen und ausbilden. Wir wollen auch hier prüfen, ob die Stadt Betriebswohnungen für die Angestellten der SWB schaffen kann, um kostengünstiges Wohnen zu ermöglichen.
- Wir bauen den Radverkehr gezielt, nachhaltig und alltagstauglich für Jung und Alt aus. Da-bei unterstützen wir den Radentscheid und werden gemeinsam mit den Initiatorinnen und Initiatoren die Forderungen realisieren.
- Wir setzen uns für die Fahrradbrücke über den Rhein ein.
- Wir streiten für mehr Sicherheit beim Radfahren. Deshalb müssen Fahrradschutzstreifen farblich einheitlich und deutlich erkennbar in echte Radwege umgewandelt und klar beschildert werden. In Baustellen müssen Behinderungen des Radverkehrs vermieden werden. Überall wo möglich wollen wir physische Abgrenzungen von Rad- und Fußwegen zueinander, aber vor allem zur Fahrbahn einführen.
- Ein hochwertiges Radwegenetz ist entscheidend. Wir werden den Radverkehr von Beginn an bei allen städtischen Planungen seiner großen Bedeutung entsprechend berücksichtigen. Dabei wollen wir besonders Radschnellwege schaffen, bestehende Routen verlängern oder verbinden. Gerade Duisdorf muss an den Radschnellweg angeschlossen werden. Für den beantragten Radschnellweg entlang der Trasse BAB 565 (Tausendfüßler) streiten wir weiterhin.
- Die Bonner Altstadt soll ein Modell für ein Radquartier werden.
- Wir wollen an Bahnhöfen und weiteren zentralen wie dezentralen Standorten Fahrradabstellparkplätze oder -parkhäuser einrichten und mit Ladestationen für Elektroräder und Aufpumpstationen ausstatten. In unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes wollen wir eine Hochgarage für Fahrräder prüfen.
- Bestehende Radverleihsysteme wollen wir aufstocken und um Elektroräder sowie Lastenfahrräder ergänzen. Dabei werden wir darauf achten, dass die Kooperationspartnerinnen und -partner Arbeits- und Umweltstandards einhalten.
- Mit Car-Sharing-Anbietern wollen wir noch enger kooperieren, um das Angebot auszubauen und attraktiver zu machen.

7) Internationale Stadt mit Haltung

Bonn ist als Standort der Vereinten Nationen sowie zahlreicher internationaler Wissenschaftsorganisationen und Unternehmen eine vielfältige und bunte Stadt. Hier trifft rheinische Gemütlichkeit auf internationales Flair. Für die Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner ist es eine Bereicherung in vielerlei Hinsicht. Daher ist es unsere Aufgabe, die Standortqualität für Menschen aus der ganzen Welt aufrecht zu erhalten und fortlaufend

zu verbessern. Das gilt für eine weltoffene Kultur vor Ort ebenso wie für die Bereitstellung notwendiger Infrastruktur und der Bekämpfung von Diskriminierung jedweder Art. Die internationalen Organisationen und ihre Beschäftigten stehen nicht am Rande, sondern inmitten unserer Gesellschaft und sie sollen aktiv in das Stadtleben eingebunden werden.

- Die zahlreichen in Bonn ansässigen internationalen Organisationen und Verbände begreifen wir als Standortvorteil. Wir müssen die lokale Wirtschaft aber auch das soziale Leben stärker mit ihnen vernetzen und deren Expertise auch für unsere Stadt nutzen.
- Internationalität bedeutet auch Verantwortung. Wir wollen, dass sich Menschen aus aller Welt bei uns wohlfühlen. Das beginnt bei mehrsprachigen Service- und Informationsangeboten der Verwaltung, einer aktiven städtischen Willkommenskultur und setzt sich fort bei einer gut ausgebauten Infrastruktur sowie Bildungs- und Betreuungs- und Freizeitangeboten.
- Die UN-Stadt Bonn muss bei der Vergabe von Aufträgen zur Beschaffung von Gütern und Diensten konsequenter auf ökologische und soziale Nachhaltigkeit achten.
- Die Vielfalt Europas soll auch hier vor Ort spür- und erfahrbar sein. Wir setzen dazu auf einen aktiven Austausch mit unseren Partnerstädten und werden vor allem gemeinsam mit Schulen, Jugendverbänden und Vereinen Maßnahmen entwickeln, um miteinander in Kontakt zu kommen. Der Europatag im Mai wird jedes Jahr unter das Motto eines anderen EU-Landes gestellt, das sich dort präsentieren kann und dessen Beziehung zu Deutschland und Europa gewürdigt wird.
- Der Tourismus ist durch die zahlreichen Touristinnen und Touristen, die jedes Jahr nach Bonn kommen, ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Wir brauchen neue Konzepte, wie wir die Stadt und ihre historischen wie kulturellen Schätze herausstellen und öffentlich sichtbar machen können und wie wir attraktive Mobilitätsmöglichkeiten für unsere Gäste schaffen.
- Menschen mit Migrationshintergrund gehören seit jeher zu unserer Stadt. Daher werden wir ihre Integration aktiv erleichtern, indem wir Sprachkurse und Fortbildungsmaßnahmen in ausreichender Zahl anbieten, bei der Vermittlung in den Arbeitsmarkt unterstützen oder den Kontakt zu Sport-, Kultur- oder Nachbarschaftsvereinen erleichtern. Denn um zu gelingen, braucht Integration beide Seiten. Das passiert am besten durch Austausch.
- Wir werden uns für das kommunale Wahlrecht aller in Bonn lebenden Bürgerinnen und Bürger einsetzen.
- Wir stehen für ein weltoffenes Bonn und ein tolerantes Miteinander. Jedweder Form der Diskriminierung, Ausgrenzung oder des Rassismus stellen wir uns entschieden entgegen.
- Die Stadt muss konsequent Projekte fördern, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und für Demokratie stark machen. Wir stellen uns entschieden gegen rechte Gewalt und Aktivitäten.
- Gedenkstätten sind wichtige Orte einer lebendigen Erinnerungskultur. Als Stadt stehen wir in der Verantwortung, diese zu erhalten und damit verbundene Projekte, Aufklärungs- und Bildungsarbeit strukturell wie finanziell zu unterstützen. Wir unterstützen den Umzug der Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus und werden sie

Schülerinnen und Schülern frei zugänglich machen. Der Aufarbeitung der eigenen kolonialen Verantwortung ist indes zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit gewidmet worden. Wir wollen hier ansetzen und zusammen mit der Zivilgesellschaft eine entsprechende Erinnerungskultur etablieren.

- Präventionsarbeit beginnt früh. Daher werden wir Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ fördern und die Demokratieförderung sowie das Engagement gegen Rechts in allen Schulformen sowie in Vereinen, Verbänden oder Betrieben unterstützen.
- Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen wir seit über 150 Jahren für die Demokratie. Wir werden daher niemals undemokratische Parteien als Mehrheitsbeschafferinnen akzeptieren – weder bei Personal- noch Sachfragen.
- Wir leben in einem reichen und friedlichen Land. Die eigene historische Erfahrung lehrt uns aber, dass wir solidarisch mit jenen sein müssen, die fliehen müssen. Solange in unserer europäischen Nachbarschaft Gewalt und Vertreibung an der Tagesordnung sind, wissen wir um unsere Verantwortung und werden auch künftig bereit sein, Menschen in Not bei uns aufzunehmen.

8) Bonn geht nur gemeinsam

All das Potenzial, das in unserer Stadt steckt, heben wir nur gemeinsam und Bonn entwickeln wir nur zusammen. Eine leistungsfähige und serviceorientierte Stadtverwaltung, Menschen in Vereinen, Kunst- und Kulturstätten, Verantwortliche in Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern, in Institutionen des Bevölkerungsschutzes, Bürgerinitiativen oder spontanen Nachbarschaftstreffen – alle zusammen haben Ideen, wie sich unsere Stadt verbessern kann und bringen sich dafür aktiv ein. All dieses Engagement wollen wir bestärken. Kluge Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist für uns eine wichtige Erfolgsgarantin. Aber auch eine umsichtige, kooperative Führung der Stadtverwaltung, die die Beschäftigten ermutigt und bestärkt und nicht Schuld von sich weist und überrumpelt, wird Bonns Tempo in Richtung Zukunft messbar beschleunigen. Dabei bietet die Stadt dann den besten Service, wenn sie vor Ort in den Stadtteilen ansprechbar ist. Wir wollen Schluss machen mit dem Gegeneinander, Ausbremsen und Schuldzuweisen, sondern Menschen darin bestärken, sich einzubringen und zusammen an Lösungen zu arbeiten.

- Wir sind stolz auf die lebhaftige Kultur der Bürgerbeteiligung und wollen bestehende Beteiligungsmöglichkeiten dort stärken und verbessern, wo es notwendig ist.
- Wir wollen Bürgerdienste wieder dezentral in den Stadtteilen anbieten. So können lange und aufwändige Wege für ältere oder berufstätige Menschen vermieden, die Organisation verbessert, viel zu lange Wartezeiten endlich verhindert und städtische Beschäftigte entlastet werden.
- Die Möglichkeit, Anträge und Verfahren bei der Stadt auch digital durchzuführen, wollen wir mit Nachdruck ausbauen und so Bürgerinnen und Bürgern zeitaufwändige Behördengänge ersparen. Grundsätzlich müssen Antragsstellungen weiter vereinfacht werden.

- Wir fordern die Einrichtung eines Anonymen Krankenscheins, um allen Menschen, die in Bonn ohne Krankenversicherung leben, die ihnen zustehende medizinische Versorgung zu ermöglichen. Dazu gehören Menschen ohne Papiere, obdachlose Menschen, die ihren privaten Krankenversicherungsschutz verloren haben und EU-Bürgerinnen und -Bürger ohne Arbeit. Mit der geschützten Vermittlung von Krankenscheinen können die Patientinnen und Patienten nach erfolgter Bedarfsprüfung im Auftrag des Sozialamts Praxen ihrer Wahl aufsuchen.
- Anders als bei der Beethovenhalle wollen wir Bauprojekte erst sauber planen, bevor mit den Bauarbeiten begonnen wird. Kostenrisiken müssen realistisch abgeschätzt und eingeplant werden, bevor Ausgaben und Zeitpläne aus dem Ruder laufen.
- Eine moderne, leistungsfähige und gut organisierte Stadtverwaltung braucht eine verlässliche Führungsspitze. Die 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt sowie die vielen Beschäftigten städtischer Unternehmen können sich bei unserer Oberbürgermeisterkandidatin Lissi von Bülow auf einen kooperativen Führungsstil und die Bereitschaft verlassen, Verantwortung zu übernehmen. Sie steht für eine Team-Kultur, die bei hoher Eigenverantwortlichkeit der Bereiche und gleichzeitiger Durchsetzungsfähigkeit der Verwaltungsspitze auf Vertrauen und Verlässlichkeit beruht.
- Eine gute Verwaltung gibt es nur, wenn auch die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten stimmen. Klare Ziele und gute Vorgesetzte, die Anleitung und Rückendeckung geben, angemessene Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend. Das Stadthaus bietet diese gute Arbeitsumgebung schon lange nicht mehr. Wir wollen es neu bauen.
- Zu guten Rahmenbedingungen für städtische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehört bei angespannter Wohnsituation zukünftig der Bau von eigenen, städtischen Betriebswohnungen, insbesondere für Auszubildende. Wir wollen mit attraktiven Ausbildungsplätzen den Nachwuchs sichern.
- Vielfalt bereichert ein Team und muss für uns Merkmal einer Verwaltung sein. Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Anteil der Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte kontinuierlich erhöht. Auch Frauen muss es offensiver ermöglicht werden, Führungspositionen zu bekleiden.
- Beschäftigte in befristeter Anstellung wollen wir in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernehmen.
- Wir treiben die Einführung und den Ausbau einer papierarmen und umweltschonenden Organisation voran und wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der zunehmenden Digitalisierung unterstützen.
- Die derzeitige Finanzierung der Stadt durch Bund und Land ist in keiner Weise ausreichend. Daher werden wir auf allen Ebenen präsent sein und uns dort für eine ausreichende Finanzierung der Kommunen einsetzen. Die zur Verfügung stehenden Fördermittel müssen wir jedoch viel umfassender nutzen. Es bedarf der durchdachten Planung und Vorbereitung, Fördermittel von Bund, Land und EU konsequent abzurufen. Auch darauf werden wir Prozesse ausrichten. Wir müssen die wesentlichen Projekte so weit planen, dass für sie die Fördermittel auch freigegeben werden und unsere Stadt berücksichtigt wird.
- Die Corona-Krise trifft die Kommunen und die lokale Wirtschaft hart. Wir werden von Bund und Land einfordern, notwendige finanzielle Hilfen bereit zu stellen und

Einnahmeausfälle kommunaler Haushalte zu kompensieren. Wir sehen das Land in der Pflicht, auch langfristig zur Entlastung der Kommunen beizutragen.

- Indem wir eine aktive Standortpolitik betreiben, wollen wir auch die Einnahmeseite weiter steigern. Grundsätzlich werden wir bei der Aufstellung des Haushaltes maximale Transparenz herstellen und die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur systematisch priorisieren. Wir werden langfristige, transparente Investitionsprogramme auflegen und dabei Förderprogramme einbeziehen.
- Eine Privatisierung städtischer Gesellschaften lehnen wir ab, städtische Beteiligungsunternehmen wollen wir stärken.
- Bonn steht nicht allein, sondern ist Herz einer lebendigen und miteinander verflochtenen Region. Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit und die Kooperation mit den benachbarten Kreisen und Gemeinden weiter ausbauen, denn nur so lassen sich gute Lösungen finden. Gerade die Ansiedlung von Unternehmen kann oft nur gemeinsam gelingen. So wollen wir die Schaffung von ausreichend Gewerbeflächen auch in Kooperation mit den Nachbarinnen und Nachbarn garantieren.

Unsere Kandidierenden

Oberbürgermeisterin

Lissi von Bülow

Stadtrat

Angelika Esch
Bernd Weede
Gabi Mayer
Benedikt Pocha
Dörthe Ewald
Alois Saß
Gieslint Grenz
Max Biniek
Fenja Wittneven-Welter
Nico Janicke
Elke Apelt
Ingo Holdorf
Miriam Schmidt
Albert Lopez-Torres
Sarah Mohamed
Sven Stumpf
Daniela Krahl
Leon Schwarze
Binnaz Öztoprak
Simon Merkt
Julia Deike
René Pausch
Elisabeth Zaun
Gabriel Kunze

Petra Maur
Luca Bangrazi
Gabriele Klingmüller
Stephan Eickschen
Lisa Dallinger
Karl-Heinz Post
Nadine Dierkes
Martin Schulz
Lilo Patt-Krahe
Peter Kox
Valerie Fender
Steffen Busch
Nina Freistedt
Maximilian Blesch
Katharina Seibel
Uli Barth
Daniela Werdin
Wolfgang Groß
Simone Burkhart
Wolfgang Leyer
Carola Niemann
Günther Damm
Lea Simons
Erwin Thiebes

Charlotte Jahnz
Taner Ekici
Janina Renard
Dominik Loosen
Sabrina Lipprandt
Alexander-Frank Paul
Noa Coordes
Martin Hennicke
Liana Mund
Sebastian Scharte
Maria Therese Schneider
Florian Winkler
Angelika Stabenow
Klaus Vater
Gudrun Lazarow
Siebo Janssen
Yvette Reif
Stefan Schenke
Rebecca Großmann
Marcus Decker
Tatiana Kambeck
Hennig Schneider

Bezirksvertretungen

Bonn

Jochen Reeh-Schall
Sabrina Lipprandt
Florian Winkler
Elisabeth Zaun
Laurentius Oles
Noa Coordes
Jörg Mebus
Binnaz Öztoprak
Werner Puschra
Valerie Fender
Volker Stoll
Julia Deike
Sebastian Scharte
Gudrun Lazarow
Nico Janicke
Nadine Dierkes
Günther Damm
Sarah Mohamed
Max Biniek
Yvette Reif

Bad Godesberg

Gabriel Kunze
Angelika Stabenow
Uli Barth
Carola Niemann
Klaus Lehmann
Evelyn Simon
Sebastian Zamorano-Fischer
Daniela Werdin
Norbert König
Gieslint Grenz
Benedikt Pocha
Simone Burkhart
Klaus Mehren-Werdin
Lisa Dallinger

Beuel

Petra Maur
Maximilian Blesch
Gabriele Petersen
Alexander-Frank Paul
Lena Simons
Marcus Decker

Nina Freistedt
René Pausch
Lilo Patt-Krahe
Rachid Kaddouri
Ehregard Paland
Erwin Thiebes
Fenja Wittneven-Welter
Jonas Hartung
Susanne Jaworski
Hans-Peter Bürkner
Angelika Esch
Ingo Holdorf

Hardtberg

Liana Mund
Dominik Loosen
Maria Therese Schneider
Luca Bangrazi
Gabi Mayer
Jürgen Fröbisch
Werner Böttcher
Leon Schwarze
Jens Streit

SPD Bonn
Clemens-August-Straße 64
53115 Bonn
Tel.: 0228/ 249 800
E-Mail: presse@spd-bonn.de
www.solidaritätistdieantwort.de